

Der Arbeiter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Nr. 233.

Mittwoch, 5. Oktober 1927.

2. Jahrgang.

Unser neuer Oberpräsident.

Die gestrige Einführung durch den preussischen Innenminister.

Der neue Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Dr. Waentig, trat am 4. d. M. in sein Amt ein. Er wird die Geschäfte der Provinz Sachsen bis zum 31. d. M. innehaben. Er wird die Geschäfte der Provinz Sachsen bis zum 31. d. M. innehaben. Er wird die Geschäfte der Provinz Sachsen bis zum 31. d. M. innehaben.

Der neue Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Dr. Waentig, trat am 4. d. M. in sein Amt ein. Er wird die Geschäfte der Provinz Sachsen bis zum 31. d. M. innehaben. Er wird die Geschäfte der Provinz Sachsen bis zum 31. d. M. innehaben. Er wird die Geschäfte der Provinz Sachsen bis zum 31. d. M. innehaben.

Der preussische Innenminister Brüning hat am 4. d. M. in Magdeburg Gelegenheit gefunden, dem neuen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Herrn Dr. Waentig, in sein neues Amt einzuführen. In der Einführungssprache dankte der Innenminister dem neuen Oberpräsidenten für die Übernahme der Geschäfte der Provinz Sachsen.

Die vorhandenen sind eine natürliche gute Entwicklung zu be-
dauern scheinen, mit aus dem Wege räumen helfen. Initiative
und Verantwortungsbereitschaft gehören zu den be-
sonnigsten. Hand in Hand damit muß gehen Aufge-
schlossenheit und Verständnis für die Sorgen, Mühe
und Bedürfnisse aller Schichten der Bevölkerung. Sie, Herr Ober-
präsident Dr. Waentig, werden Ihren Beamten darin mit gutem
Beispiel vorangehen und das Vertrauen der Staatsregierung im
vollem Umfang rechtfertigen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Mit-
arbeitern erhebliche Zusammenarbeit zum Wohle der Provinz
Sachsen, zum Wohle der Republik Preußen, zum Wohle unseres
ganzen deutschen Volkes."

alleseitig so zu fördern, daß die entsprechenden Verhandlungen des
Reichstages, wie beabsichtigt, am 17. des Monats beginnen können.
Die weitere Beratung mit den Vertretern der Länder führte zu
einer grundsätzlichen Erörterung des staatsrechtlichen
Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Angesichts der großen
und geradezu ausfallenden Bedeutung dieses Problems wurde
eine Sonderkommission von Vertretern der Reichs- und der Länderregie-
rungen in Aussicht genommen. Die Beratung auf dieser Sonder-
tagung soll durch Referate und Korrespondenzen eingeleitet werden. An
der Einzelberatung standen schließlich die Befehlsgabereform und
das Steuerangelegenheit im Vordergrund der Erörterungen. Die
eingehende Aussprache diente der gegenseitigen Orientierung über
die verschiedenen Auffassungen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Dank an Höring
Nach den einleitenden Willkommensworten führte der Minister
aus: Ich möchte diese Gelegenheit gerne benutzen, um auch
in Gegenwart der Beamtenschaft des Oberpräsidiums, Ihrer neuen
Mitarbeiter, noch einmal Ihrem Herrn Amtsvorgänger Höring für
seine Tätigkeit an dieser Stelle, die Sie jetzt einnehmen, namens
der Staatsregierung zu danken. Das Preussische Staatsministerium
hat diesen Mann, der in schwerer Tätigkeit des Staates auf die
seinem Posten seine volle Kraft zum Wohle des Ganzen
eingesetzt hat, nur ungern von hier scheiden zu sehen.
Sein Wirken an hoher verantwortlicher Stelle wird in diesem
Haus unvergessen bleiben.

Nachdem der Minister dann auch dem Vizepräsidenten Dr.
Hausmann für die ausgezeichnete Geschäftsleitung und die
wiederholten Beratungen, die er in Abswesenheit des vorigen
Oberpräsidenten und jetzt im Interregnum übernommen hat, seinen
Dank ausgesprochen hatte, wandte er sich an den neuen Oberprä-
sidenten:
Sie, Herr Oberpräsident Dr. Waentig, treten nunmehr in
noch engere Beziehungen zur Staatsverwaltung, als Sie bisher
zwischen Ihnen und der Verwaltung bestanden. Als Vizepräsident
und Hochschullehrer, der seit Jahrzehnten an einer Universität der
Provinz Sachsen wirkte, sind Ihnen die Bedürfnisse, die wirt-
schaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse dieser Provinz
nicht fremd. Als Abgeordneter im Preussischen Landtag haben Sie
als Gelegenheitsredner, Vortragsredner und Redakteur der Provinz
parlamentarisch zu vertreten und zu begründen. Sie kennen also
die Provinz, die Sie nunmehr als Oberpräsident zu betreten und
zu verwalten haben. Als Oberpräsident sind Sie in der Ihnen von
der Staatsregierung anvertrauten Provinz Vertreter der
Preussischen Staatsregierung. Sie sind ihr politischer
Beamtener u. Vertrauensmann in der Provinz; Sie sind der Staats-
regierung dafür verantwortlich, daß jenseit die eigene Verwaltung
wie die Verwaltung, deren Oberaufsicht Ihnen obliegt, in dem
von der Staatsregierung für erforderlich gehaltenen
politischen Sinne geführt werden. Als Repräsentant des
Staates haben Sie aber auch unbedingt Ihre eigenen politischen
Überzeugungen auslegend zu wirken. Bei aller Wahrung
der Staatsautorität sind Sie bestrebt, Ihren Dienst und nicht
Ihre Mitarbeiter sich stets bewußt zu sein. Ich bin
überzeugt, daß Ihre vier vernehmen Mitarbeiter den besten
Willen zur Mitarbeit in diesem Sinne haben, und Sie bei der Be-
wältigung Ihrer großen wichtigsten und schönen Aufgaben unter-
stützen werden. Ich wünsche Ihnen, Herr Oberpräsident, daß
zwischen Ihnen und Ihren Mitarbeitern ein gutes und vertrauens-
volles Verhältnis bestehen möge. Ohne eine gewisse Kamerad-
schaftlichkeit im Arbeiten und im Verhältnis von Vorgesetzten zu
ihren Mitarbeitern geht auf gegenseitige Achtung und Ver-
trauen — kann ich mit einer erschöpflichen Dienstliche Tätigkeit nicht
recht vorstellen. Vertrauen erreicht Arbeitsergebnisse und Verant-
wortungsbereitschaft. Und die Selbstständigkeit der Beamten im
Rahmen ihrer Zuständigkeit zu fördern, scheint mir eine durchaus
denkenswerte Aufgabe zu sein, die wesentlich zur Vereinfachung
mancher Verwaltungsgänge beitragen könnte. Dabei darf natür-
lich nicht vergessen werden, daß für die Führung der Geschäfte in
der Provinz, Sie, Herr Oberpräsident, der Staatsregierung allein
verantwortlich sind. Das heißt natürlich, daß jeder Beamte,
jedenfalls nach Ihrem Willen, sich in seinem dienstlichen
Arbeiten nur nach Ihrer Entscheidung zu richten hat.
Sie können nur dann der Staatsregierung für das glatte und reibungs-
lose Zusammenarbeiten in Ihrer Verwaltung garantieren,
wenn Sie, Herr Oberpräsident, wissen, daß eine Politik auf
eigene Faust von keinem versucht wird. Das Ihre
Applaudium läuft, dafür haben Sie zu sorgen.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages ist zu Freitag
mittag um 1 Uhr zusammenberufen worden. Beratungsgegenstand
ist das Reichshilfsgesetz der Reichsregierung.

Dank an Höring
Nachdem der Minister dann auch dem Vizepräsidenten Dr.
Hausmann für die ausgezeichnete Geschäftsleitung und die
wiederholten Beratungen, die er in Abswesenheit des vorigen
Oberpräsidenten und jetzt im Interregnum übernommen hat, seinen
Dank ausgesprochen hatte, wandte er sich an den neuen Oberprä-
sidenten:

Vizepräsident Hausmann
namens der Beamtenschaft des Oberpräsidiums das Wort zur
Begrüßung des neuen Oberpräsidenten. Er schätzte, wie der nun
aus dem Amt geschiedene Oberpräsident Höring vor 7 Jahren
sein Amt angetreten habe, wie die Verhältnisse damals so völlig
anders lagen und wie es zunächst die Aufgabe des Oberpräsidenten
gewesen sei, das Vertrauen eines großen Teils der Beamtenschaft
und der Bevölkerung zu übernehmen. In kurzer Zeit sei es dem
Oberpräsidenten Höring jedoch gelungen, die Gesetze in Empfang
nehmen der Arbeit und Anhänglichkeit zu verwenden, jedoch allen
Beamten der Absicht von Herrn Höring unendlich
schwer geworden sei. Vizepräsident Hausmann versicherte,
daß die Beamtenschaft dem neuen Oberpräsidenten, Dr. Waentig,
volles Vertrauen entgegenbringen, wie sie auch von ihm das gleiche
erhielt; dies sei die beste Gewähr für ein gutes Zusammenarbeiten.

Wer wird amnestiert?
Wo bleiben die Namen?
Der deutschnationale Reichstagsminister hält die Bitte
der auf seinen Vorschlag vom Reichspräsidenten benannten
Personen wie ein großes Geheimnis. Man weiß vorerst nur, daß
der Ausschuss Buchrucker und die Ministerpräsidenten Deh-
schlager und Hüfner, also drei zur äußersten Rechten
zählende Personen, inwieweit aus der Haft entlassen werden
sind, während Holz noch im Justizhaus sitzt. Nicht einmal über
das Verhältnis der Begnadigungen im Hinblick der Parteizugehörig-
keit der betroffenen Personen war bisher etwas zu erfahren. Und
wenn man sich die Begnadigungen zu mehr als 75 Proz.
auf deutschnationale und völkische Verbände gegen die Republik
beziehen lassen.
Ist das richtig, Herr Reichstagsminister, oder warum wird die
Bitte der Öffentlichkeit nicht übergeben?

Dank an Höring
Nachdem der Minister dann auch dem Vizepräsidenten Dr.
Hausmann für die ausgezeichnete Geschäftsleitung und die
wiederholten Beratungen, die er in Abswesenheit des vorigen
Oberpräsidenten und jetzt im Interregnum übernommen hat, seinen
Dank ausgesprochen hatte, wandte er sich an den neuen Oberprä-
sidenten:
Sie, Herr Oberpräsident Dr. Waentig, treten nunmehr in
noch engere Beziehungen zur Staatsverwaltung, als Sie bisher
zwischen Ihnen und der Verwaltung bestanden. Als Vizepräsident
und Hochschullehrer, der seit Jahrzehnten an einer Universität der
Provinz Sachsen wirkte, sind Ihnen die Bedürfnisse, die wirt-
schaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse dieser Provinz
nicht fremd. Als Abgeordneter im Preussischen Landtag haben Sie
als Gelegenheitsredner, Vortragsredner und Redakteur der Provinz
parlamentarisch zu vertreten und zu begründen. Sie kennen also
die Provinz, die Sie nunmehr als Oberpräsident zu betreten und
zu verwalten haben. Als Oberpräsident sind Sie in der Ihnen von
der Staatsregierung anvertrauten Provinz Vertreter der
Preussischen Staatsregierung. Sie sind ihr politischer
Beamtener u. Vertrauensmann in der Provinz; Sie sind der Staats-
regierung dafür verantwortlich, daß jenseit die eigene Verwaltung
wie die Verwaltung, deren Oberaufsicht Ihnen obliegt, in dem
von der Staatsregierung für erforderlich gehaltenen
politischen Sinne geführt werden. Als Repräsentant des
Staates haben Sie aber auch unbedingt Ihre eigenen politischen
Überzeugungen auslegend zu wirken. Bei aller Wahrung
der Staatsautorität sind Sie bestrebt, Ihren Dienst und nicht
Ihre Mitarbeiter sich stets bewußt zu sein. Ich bin
überzeugt, daß Ihre vier vernehmen Mitarbeiter den besten
Willen zur Mitarbeit in diesem Sinne haben, und Sie bei der Be-
wältigung Ihrer großen wichtigsten und schönen Aufgaben unter-
stützen werden. Ich wünsche Ihnen, Herr Oberpräsident, daß
zwischen Ihnen und Ihren Mitarbeitern ein gutes und vertrauens-
volles Verhältnis bestehen möge. Ohne eine gewisse Kamerad-
schaftlichkeit im Arbeiten und im Verhältnis von Vorgesetzten zu
ihren Mitarbeitern geht auf gegenseitige Achtung und Ver-
trauen — kann ich mit einer erschöpflichen Dienstliche Tätigkeit nicht
recht vorstellen. Vertrauen erreicht Arbeitsergebnisse und Verant-
wortungsbereitschaft. Und die Selbstständigkeit der Beamten im
Rahmen ihrer Zuständigkeit zu fördern, scheint mir eine durchaus
denkenswerte Aufgabe zu sein, die wesentlich zur Vereinfachung
mancher Verwaltungsgänge beitragen könnte. Dabei darf natür-
lich nicht vergessen werden, daß für die Führung der Geschäfte in
der Provinz, Sie, Herr Oberpräsident, der Staatsregierung allein
verantwortlich sind. Das heißt natürlich, daß jeder Beamte,
jedenfalls nach Ihrem Willen, sich in seinem dienstlichen
Arbeiten nur nach Ihrer Entscheidung zu richten hat.
Sie können nur dann der Staatsregierung für das glatte und reibungs-
lose Zusammenarbeiten in Ihrer Verwaltung garantieren,
wenn Sie, Herr Oberpräsident, wissen, daß eine Politik auf
eigene Faust von keinem versucht wird. Das Ihre
Applaudium läuft, dafür haben Sie zu sorgen.

Zur Herbsttagung des Reichstages.

Am 11. wird gemeldet: Unter dem Vorsitz des Reichstags-
präsidenten wird am Montag nachmittag in der Reichstagskammer eine eingehende
Aussprache der Mitglieder der Reichsregierung mit den in Berlin
ausgesendeten Staats- und Ministerpräsidenten der Länder über eine
Vertrag über die bedeutendsten schwebenden politischen Probleme stattfinden.
Es herrscht Uebereinstimmung darüber, die oben beginnenden Be-
ratungen des Reichsrats über das Schulgesetz, die Beleh-
dungsreform und das Liquidationsabstimmengesetz

Der Kommunistenprozeß.

Leipzig, 4. Oktober. (Eg.) Am heutigen Dienstag beginnt vor
dem Reichsgericht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr.
Riedner der Hochverratsprozeß gegen 9 Mitglieder der kommuni-
stischen Zentrale. Es handelt sich um die kommunistischen Reichs-
tagsabgeordneten Kachner, Eisler, Kemmer, Harnke, Hoyer und
Pfeifer, dem preussischen Landtagsabgeordneten Gabel und
den Reichstagsabgeordneten Lindau und Schumann. Der Anklage liegen bekanntlich
Vorgänge aus dem Jahre 1923 zu Grunde.

Dank an Höring
Nachdem der Minister dann auch dem Vizepräsidenten Dr.
Hausmann für die ausgezeichnete Geschäftsleitung und die
wiederholten Beratungen, die er in Abswesenheit des vorigen
Oberpräsidenten und jetzt im Interregnum übernommen hat, seinen
Dank ausgesprochen hatte, wandte er sich an den neuen Oberprä-
sidenten:
Sie, Herr Oberpräsident Dr. Waentig, treten nunmehr in
noch engere Beziehungen zur Staatsverwaltung, als Sie bisher
zwischen Ihnen und der Verwaltung bestanden. Als Vizepräsident
und Hochschullehrer, der seit Jahrzehnten an einer Universität der
Provinz Sachsen wirkte, sind Ihnen die Bedürfnisse, die wirt-
schaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse dieser Provinz
nicht fremd. Als Abgeordneter im Preussischen Landtag haben Sie
als Gelegenheitsredner, Vortragsredner und Redakteur der Provinz
parlamentarisch zu vertreten und zu begründen. Sie kennen also
die Provinz, die Sie nunmehr als Oberpräsident zu betreten und
zu verwalten haben. Als Oberpräsident sind Sie in der Ihnen von
der Staatsregierung anvertrauten Provinz Vertreter der
Preussischen Staatsregierung. Sie sind ihr politischer
Beamtener u. Vertrauensmann in der Provinz; Sie sind der Staats-
regierung dafür verantwortlich, daß jenseit die eigene Verwaltung
wie die Verwaltung, deren Oberaufsicht Ihnen obliegt, in dem
von der Staatsregierung für erforderlich gehaltenen
politischen Sinne geführt werden. Als Repräsentant des
Staates haben Sie aber auch unbedingt Ihre eigenen politischen
Überzeugungen auslegend zu wirken. Bei aller Wahrung
der Staatsautorität sind Sie bestrebt, Ihren Dienst und nicht
Ihre Mitarbeiter sich stets bewußt zu sein. Ich bin
überzeugt, daß Ihre vier vernehmen Mitarbeiter den besten
Willen zur Mitarbeit in diesem Sinne haben, und Sie bei der Be-
wältigung Ihrer großen wichtigsten und schönen Aufgaben unter-
stützen werden. Ich wünsche Ihnen, Herr Oberpräsident, daß
zwischen Ihnen und Ihren Mitarbeitern ein gutes und vertrauens-
volles Verhältnis bestehen möge. Ohne eine gewisse Kamerad-
schaftlichkeit im Arbeiten und im Verhältnis von Vorgesetzten zu
ihren Mitarbeitern geht auf gegenseitige Achtung und Ver-
trauen — kann ich mit einer erschöpflichen Dienstliche Tätigkeit nicht
recht vorstellen. Vertrauen erreicht Arbeitsergebnisse und Verant-
wortungsbereitschaft. Und die Selbstständigkeit der Beamten im
Rahmen ihrer Zuständigkeit zu fördern, scheint mir eine durchaus
denkenswerte Aufgabe zu sein, die wesentlich zur Vereinfachung
mancher Verwaltungsgänge beitragen könnte. Dabei darf natür-
lich nicht vergessen werden, daß für die Führung der Geschäfte in
der Provinz, Sie, Herr Oberpräsident, der Staatsregierung allein
verantwortlich sind. Das heißt natürlich, daß jeder Beamte,
jedenfalls nach Ihrem Willen, sich in seinem dienstlichen
Arbeiten nur nach Ihrer Entscheidung zu richten hat.
Sie können nur dann der Staatsregierung für das glatte und reibungs-
lose Zusammenarbeiten in Ihrer Verwaltung garantieren,
wenn Sie, Herr Oberpräsident, wissen, daß eine Politik auf
eigene Faust von keinem versucht wird. Das Ihre
Applaudium läuft, dafür haben Sie zu sorgen.

Die Angeklagten werden aber nicht erschossen.
Berlin, 4. Oktober. (Eg.) Das Zentralkomitee der KPD hat
beschlissen, daß die Angeklagten in Leipziger Hochverratsprozeß
gegen die kommunistische Zentrale nicht erschossen.

Deutschnationale Ablenkungsmanöver

Von Wilhelm Keil.

Ein sozialer deutschnationaler Journalist bemüht einmal ein
Staatsrecht der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr.
Oberhagen zu der Bemerkung, von den Besonderen sei keiner
diesem Finanzkriterium vergleichbar; man könne allenfalls Eugen
Kistner mit als ebenbürtig erachten. Herr Oberhagen scheint diese
Bemerkung ernst genommen zu haben. Anders läßt es sich nicht
erklären, daß er das Wagnis unternimmt, zur Ablenkung von der
Aufwertungsberatung, den seine Partei begehren hat, in seiner Par-
teipresse über „Sozialdemokratie und Aufwertung“ zu schreiben.

Da Dr. Oberhagen wohl selbst erkannt hat, daß der Hinweis
auf Dr. Hilferdings Aeußerung vom Mai 1923, verglichen mit der
Haltung der Sozialdemokratie während des ganzen Aufwertungs-
kampfes, nicht gegen, sondern für die Sozialdemokratie spricht,
versteigt er sich weiter zu der Behauptung, die Sozialdemokratie
habe mit agitatorischen Mitteln in ihrer Partei ihre Barmherzigkeit
an der Unzufriedenheit gewisser Gläubigerkreise zu wecken versucht.
Wie verhält es sich damit?

Nur mit Hilfe von diesen Unwahrheiten und Entstellungen
kann Dr. Oberhagen den Versuch machen, die Zahl der
Sozialdemokraten in der Aufwertungsfrage anzuheben. Als Be-
weis für die zurechtgehaltene Haltung der Sozialdemokratie in Aufwertungs-
sachen führt er die bekannte Rede Dr. Hilferdings im
Reichstagskammer vom Mai 1923 an. Wichtig ist, daß Dr. Hilfer-
dings damals — es war mitten in der Inflationszeit — eine
Aufwertung für unmöglich erklärt hat. Aber es handelte sich da-
mals nicht um die Stellungnahme zu einer Aufwertungsfrage,
sondern um das Sperregebot, das der Rückzahlung von alten For-
derungen durch Papiermark einen Riegel vorschieben wollte. Und
es waren namentlich die deutschnationalen Mitglieder des
Reichswirtschaftsrates, die unter der Führung des deutschnationa-
len Abgeordneten Freyberger von Hilferdings den Ausführun-
gen Hilferdings nichts zukommen.

Da Dr. Oberhagen wohl selbst erkannt hat, daß der Hinweis
auf Dr. Hilferdings Aeußerung vom Mai 1923, verglichen mit der
Haltung der Sozialdemokratie während des ganzen Aufwertungs-
kampfes, nicht gegen, sondern für die Sozialdemokratie spricht,
versteigt er sich weiter zu der Behauptung, die Sozialdemokratie
habe mit agitatorischen Mitteln in ihrer Partei ihre Barmherzigkeit
an der Unzufriedenheit gewisser Gläubigerkreise zu wecken versucht.
Wie verhält es sich damit?
Die Sozialdemokratie hat zweierlei getan. Erstens hat sie den
von den Deutschnationalen in ihrer Oppositionszeit gestellten Agi-
tationsanträgen zur Annahme zu helfen versucht. Das ist ihr
miflungener, weil die Deutschnationalen, nachdem sie in die
Regierung gelangt waren, gegen ihre eigenen An-
träge stimmten und damit jenseit den demagogischen
Charakter dieser Anträge wie ihre eigene Unehrlichkeit
öffentlich eingestanden. Darauf hat die Sozialdemokratie zweitens
mit eigenen Anträgen, die gewissenhaft vorbereitet waren, zur Auf-
wertung Stellung genommen. Auch diese Anträge scheiterten, ob-
gleich sie viel maßvoller gehalten waren als die deutschnationa-
len Agitationsanträge, am Widerstand der Deutschnationalen.
Von ihren eigenen Koalitionsgenossen ist den Deutschnationalen
wiederholt öffentlich bescheinigt worden, daß sie das Hindernis
eines weiteren Entgegenkommens an die Forderungen der Sparte
seien.

Was wird nun aber bewirken mit Aeußerungen dieses oder jenes
Politikers aus der Inflationszeit? Schließlich das, daß man
damals die wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten nicht klar zu
übersehen vermochten. Entschuldigend ist das praktische Verhalten
nach der Stabilisierung. Von diesem Zeitpunkt an hat kein So-
zialdemokrat der Aufwertung grundsätzlich widerprochen. Von
den Deutschnationalen unterschiedlich sich die Sozialde-
mokratie dadurch, daß sie bei den Wahlen im Mai und im De-

Nachdem sich in zweijähriger Durchführung der Aufwertungs-
gelebe ergeben hatte, daß die Not der Sparte noch viel größer und

die Schuldner nicht leistungsfähig waren, als 1925 vorausgesetzt worden war, stellte die Sozialdemokratie im Vorzimmer d. 2. S. Verbesserungsanträge, die nicht ihrem Agitationsbedürfnis, sondern den sachlichen Erwägungen der Juristischen Arbeitsgemeinschaft für Belagungsfragen entsprungen waren. An der Spitze dieser Gemeinschaft steht der sozialparteiliche Abgeordnete Professor Dr. Kahl; zu ihren Mitgliedern zählen meist rechtsgerichtete Juristen. Die Sozialdemokratie brachte schließlich die von dieser Gemeinschaft gemachten Vorschläge als Entwürfe ein. Als der Abgeordnete Dr. Kahl und andere Mitglieder der Regierungspartei Miene machten, diesen Entwürfen zuzustimmen, trat Reichsjustizminister Heyert auf den Plan. Dieser Heyertmeister, der als Oppositionsführer verprochen hatte, wenn er in die Regierung käme, wies er binnen 24 Stunden eine Aufmerksamsvorlage nach den deutschen Verfassungsverordnungen einbringen, erklärte jetzt die Regierung erwidert, daß an der Gen. auch die Aufmerksamkeits nicht gerührt werde. Darauf wurden die sozialdemokratischen Entwürfe abgelehnt!

Das Finanzamt Oberhofen behauptet weiter: Während die sozialdemokratischen Agitatoren sich in neuen, möglichst Aufmerksamungsverordnungen ergötzen, habe die Sozialdemokratie im Reichstag sich für die Zukunft ein Bild zu sichern verjährt. Wie sieht es damit? Die Regierung habe durch Herrn Heyert und die Regierungsparteien diesen durch Herrn von Gumbert im Reichstag erklärten, das Interesse der Wirtschaft und die Gerechtigkeit der Gesetzgebung gestatten keine Wiederaufholung der Aufmerksamungsverordnungen. Diese Erklärung unterschätzte Oberhofen. Dagegen entstellte er die sozialdemokratische Erklärung, die dahin ging: Jetzt sei es noch Zeit, die notwendigen Verbesserungen vorzunehmen, später, wenn die Bildung neuer rechtlicher und wirtschaftlicher Verhältnisse weiter vorgeschritten sei, könne an eine Verbesserung nicht mehr gedacht werden. Im Ausschuss war diese Aufstellung von allen Sozialdemokraten geteilt worden. Nur dem neuen Gegen Richter blieb es vorbehalten, sie als einen Beweis für die „Unaufrichtigkeit“ der Sozialdemokratie anzusehen.

Sage es aber, für die Aufmerksamungsverordnungen Dr. Oberhofen nicht viel näher, sich mit der Unaufrichtigkeit seiner eigenen Partei zu beschäftigen? Falls ihm sein Gedächtnis dabei im Stich lassen sollte, würden seine früheren Fraktionskollegen Dr. Best und Graf Poladowsky sowie die Späterverbände, denen sich die Abgeordneten Hugenberg, Treutmann, Sillier, Graf Westphal usw. unterschiedlich verpfichtet haben, für eine Zustimmung nach Treu und Glauben zu sorgen, bereit sein, es aufzuführen.

Worte Hindenburgs.

Auf die Glückwunschansprache des Reichspräsidenten Boebe hat Hindenburg, wie wir gestern schon berichteten, gesagt:

„Ich werde weiterhin meine volle Kraft in den Dienst des deutschen Volkes und Vaterlandes stellen. Den Eid, den ich geschworen habe, werde ich auch halten. Das möchte ich Ihnen sagen, die Sie genau so wie ich so vom Hofe gemacht sind.“

Daneben verliest die „Deutsche Zeitung“, Hindenburg habe zu dem General v. Madelen folgendes gesprochen:

„Für das, was ich geworden bin, danke ich dem allmächtigen Gott, der mich so gnädig geführt hat, dem Kaiser und König, der mich an die richtigen Stellen berief, Ihnen allen, meinen Kameraden, die mich jederzeit unterstützt haben.“

Danach wäre Hindenburg also nicht „vom Hofe gemacht“ worden, sondern nur Wilhelm 2. hätte ihn immer an die richtigen Stellen gestellt. Was hat er nun eigentlich getan? Das eine sieht man das andere aus aber vielleicht hat er es ebenso gehalten, wie mit den Fohlen: schwarzweißrot ist ihm recht oder schwarzrotgold auch nicht minder. Vielleicht hätte er auch gegen die rote Fahne nichts einzuwenden.

Was hat der fliegende Holländer telegraphiert? Unter den zahlreich eingelaufenen Glückwünschen befindet sich auch, wie das 8 Uhr Abendblatt mitteilt, einer des ehemaligen Kaisers. Wilhelm 2. ließ diesmal in seinem Telegramm an Hindenburg besonders die Verdienste des Reichspräsidenten „in sein Haus“ feiern.

An unterschiedlichen Stellen wird behauptet, daß Herr v. Hindenburg derartige Glückwünsche des früheren Kaisers, wie z. B. den bei der Einweihung des Kaiserberg-Denkmal, nicht auf dem offiziellen Drahtwege beantwortet, sondern die handschriftliche Antwort dem Empfänger durch einen besonderen Kurier überbringen lassen.

Das wäre allerdings eine Methode, die man dem Reichspräsidenten ganz energig unterlagen müßte. Als Oberhaupt der deutschen Republik hat der Reichspräsident keine Teilnahmestellen mit ausübenden Stellen zu pflegen. Das kann lediglich Sache der Reichsregierung sein. Bekäme Kurierwünschen mit dem landwärtigen Dankschreiben nicht nur ein Kosten der Republik, wären ein Standa, worüber Erwägungen eingezogen werden müßten.

Woldemaras in Berlin.

Berlin, 4. Okt. (Eig. Draht.) Lieber die Beförderung, die zwischen dem deutschen Außenminister und dem italienischen Ministerpräsidenten in Berlin stattgefunden hat, wird amtlich erklärt, daß sie zu einer weitgehenden Liebesvereinbarung der beiderseitigen Ansichten geführt haben. Woldemaras verspricht wieder einmal, eine gerechte Durchführung des Memostatens voranzutreiben zu wollen. Dem memostatenschen Antrag werde bei seinem Zutritt zum italienischen Gouverneur ein Aktionsprogramm vorgelegt werden, das das Memostatens ab dem Geiste des Ausgleichs und der Versöhnung ergänzen solle. Zwischen Deutschland und Litauen soll auch ein Abkommen abgeschlossen werden über das Aufhebungs- und Niederlassungsrecht der beiderseitigen Staatsangehörigen. Daneben sollen Ausweisungen in Zukunft nur bei Verbrechen und Verbrechen erfolgen können.

Reichsstelle für Ostpreußen.

Der Oberpräsident erklärt sie für überflüssig. Berlin, 4. Oktober. (Eig. Draht.) Der Oberpräsident von Ostpreußen, Dr. Sieber, sprach sich auf dem ostpreussischen Parteitag der Demokraten gegen die Schaffung einer selbständigen Reichsstelle für Ostpreußen aus. Eine solche Reichsstelle hätte teilsweise Unterbau in der Provinz Ostpreußen. Es würde eine Stelle, an die wohlwollende Wünsche einzelner Kreise oder Interessengruppen kommen, ohne daß die Reichsstelle befähigt, die einzelnen Wünsche gegeneinander abwägen zu können. Wenn der Reichstag jedoch mit einer völligen oder teilweise Aufhebung der preussischen Verwaltungsstellen absieht, dann ist er für die Provinz schädlich. Wird die Reichsregierung aus dieser Auffassung des höchsten Beamten der Provinz Ostpreußen ihre Folgerungen ziehen und den deutschen Nationalen Sonderwünschen einen Riegel vorziehen?

Erzieher des Volkes.

Die höheren Schulen sind immer noch klassenmäßig außerordentlich stark von den Volksschulen getrennt. Der Unterschied zwischen den Schülern höherer Schulen und den Volksschülern liegt nicht in der Begabung, sondern im Selbstwert und der sozialen Stellung der Eltern. Es wäre die Aufgabe der Lehrer, ausgleichend zu wirken und dafür zu sorgen, daß sich dieser sozialen Schiedung nicht aus noch stellenmäßigem Unterschieden erheben. Sämtlichen Schülern ist eine große Zeit der Lehrer an den höheren Schulen keine Aufgabe darin, ihre Schüler stark vom Volk abzugrenzen. Als Mittel dazu dient ihnen die sogenannte „nationale Gelehrsamkeit“, das heißt der schwarzweißrote Surpatriotismus. Hinter der schwarzweißroten und deutschen Einstellung solcher Lehrer steht nicht nur politischer Fanatismus, sondern Klassenhohheit. Schwarzrotgold und die Republik sind die Sache des gemeinen Volkes, schwarzweißrot dagegen ist die Sache der besseren Leute. So sind die höheren Schulen selber nach sich eine Fremde gegen die Republik, zugleich sort fürchterlicher Klaffungssegen. Man kann sich denken, was da herangegossen wird.

Ein Beispiel aus den letzten Tagen. Mehrere Oberklassen der Rieder Oberrealschule besichtigten die Schienen des Nord-Ostsee-Kanals. Als ein französischer Dampfer den Kanal passierte, betundeten die Jünglinge ihre „nationale Gelehrsamkeit“ in beleidigenden Zurufen gegen die Mannschaft des französischen Dampfers. Ein junger Lehrer, der die Schüler führte, wollte einschreiten, konnte sich aber nicht durchsetzen, denn die Schüler riefen ihm zu: Schade, daß Herr Sieber nicht mit ihm hätte mitkommen können. Die Jünglinge sind also von einem ihrer Lehrer aus den Franzosen dreifach wörtlich und vertraulich darauf, daß sie in seiner Gegenwart noch mehr hätten tun dürfen. Vielleicht hätte er dann mit Steinen geworfen? Ein bezeichnender Vorfall! Der Oberklassenlehrer hat auf eine Beschwerde des französischen Kapitäns hin vorchriftsmäßig Anzeige erstattet. Es kommt nicht darauf an, die Schüler zu bestrafen, sondern darauf, sich ihre Lehrer genauer anzusehen und ihnen das Handwerk zu legen.

Baron Gevers gestorben.



Baron Gevers,

der frühere holländische Gesandte, ist am Sonntag in Bern gestorben. Baron Gevers, der erst in diesem Frühjahr nach über 20-jähriger Tätigkeit als Gesandter in Berlin in den Ruhestand trat, hat sich in der Reichspoststadt viele Freunde erworben. Der deutsche Gesandte im Haag hat der holländischen Regierung namens der deutschen Regierung herzlichste Beileid ausgesprochen.

„Die Polizei wird geschmiert“.

München, 3. Okt. (Eig. Draht.) „Es ist betrieblid, daß bei Hebererarbeiten der Volkspolizei die Schlichter geschmiert werden müssen und daß wir sie schmierer müssen, um nicht unterzugehen.“ — So hatte der Präsident des Deutschen Gastwirterverbandes Emil Köster-Berlin im Januar 1926 in einer Verammlung des Bayerischen Gastwirterverbandes in München erklärt. Wegen dieser Äußerung hatte das Bayerische Innenministerium gegen Köster Strafandrohung gestellt. Köster wurde zunächst zu einem Monat Gefängnis und später auf Einpruch hin wegen Beleidigung der Schutzmannschaft zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte Köster Berufung beim Obersten Landesgericht ein, das die ganze Angelegenheit zum nachmaligen Verhandlung an das Landesgericht München I jurisdiktions.

Dieses Gericht sprach Köster nunmehr frei mit der demotivierten Begründung, daß Köster seine Behauptungen auf Grund von Zeitungen aufgestellt habe, die ihn im Laufe der Jahre aus norddeutschen Orten (auch als Gastwirt wie als Präsident des Gastwirterverbandes) bekannt waren, und weil er die intrinsische Äußerung in einer geschlossenen Versammlung gemacht habe.

Der Vorfall dürfte damit noch nicht erledigt sein. Jetzt wird Köster von den zukünftigen Anklagen hoffentlich bald Gelegenheit gegeben werden, seine Beleidigungen insbes. auf die „norddeutsche“ Polizei zu begründen. Daß er in Bayern freigesprochen wurde, nachdem er sich auf Norddeutschland hinausredete, war für einen bayerischen Richter übrigens selbstverständlich.

Verschwörung in Spanien.

Paris, 3. Oktober. (Eig. Draht.) In einer amüsanten Meldung aus Madrid heißt es, daß eine große revolutionäre Verschwörung gegen den König und Primo de Rivera aufgedeckt worden ist. Nach der gleichen Meldung ist die Regierung der Teilnehmer, über 2000 Personen, verhaftet worden. Bei Hausdurchsuchungen sind angeblich zahlreich Bomben und Sprengstoffe gefunden worden. Die Untersuchung geht noch weiter und soll auf zahlreiche spanische Städte ausgedehnt sein.

Die Gegner der Beamten.

Die Sozialdemokraten sind überall stets für die Beförderung der unteren und mittleren Beamten eingetreten und werden trotz dem von den Deutschnationalen und ihrem Nachkommen beschimpft, während sie selber für die unteren Beamten wohl Worte machen oder keine Taten zeigen. Siehe die letzte Stadterweiterungsung in Halberstadt.

Der Oldenburger Landbund ist an den Landtag mit folgender Eingabe herangekommen: „Der Landbund richtet an den

Landtag die dringende Forderung, solange von einer Neuregelung der Beamtengehälter grundsätzlich abgesehen, wie der Wehrmann einzig und allein von den Rekruten getragen wird. Die militärische Aufgabe der die Rekruten zählenden eingetragenen Berufsgruppen trägt eine weitere Beförderung nicht zu. Der Landbund hat trotz seiner nicht grundständig abnehmenden Stellung einer Frage der Beamtengehältererhöhung näherzutreten, wenn der Finanzausgleich grundlegend geändert, das Zulagegesetz zu den direkten Steuern den Ländern und Gemeinden zugestanden ist und so die Kosten gerechter auf breitere Schultern verteilt werden können.“

Was sich die Beamten merken mögen.

Trozkist ausgeschlossen.

Riga, 3. Oktober. (Eig. Draht.) Das Präsidium des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale und der internationalen Kontrollkommission in Moskau teilen offiziell mit, daß Burowitsch aus der Zahl der Mitglieder des Exekutivkomitees und Trozkist aus der Liste der Kandidaten für das Exekutivkomitee gestrichen worden sind. Das Borgehen gegen die beiden wird damit begründet, daß sie trotz ihrer Zusage weiterhin besondere Organisationszentren gebildet haben, die die Anfänge einer Trozkist-Partei darstellen. Gleichzeitig habe die Opposition die Verbindung mit den verfeindeten Gruppen, die in Deutschland und Frankreich aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen worden sind, aufrechterhalten. Trozkist wird besonders vorgeworfen, daß er am 27. September in einer Sitzung des Präsidiums des Exekutivkomitees die Disziplin für sich nicht bindend. Der Beschluß auf Ausschluß von Burowitsch u. Trozkist wurde, wie ausdrücklich betont wird, einstimmig angenommen.

Moraczewski ausgeschlossen.

Der Minister für öffentliche Arbeiten im Vilshufst-Rabinett, Moraczewski, ist jetzt in aller Form endgültig aus der polnischen Sozialistischen Partei ausgeschlossen worden. Er wurde vorher wiederholt von den Parteimitgliedern aufgebodert, gemäß der oppositionellen Bestimmung der Partei zum Rabinett Vilshufst kein Ministeramt anzunehmen. Der Moraczewski, der persönlich mit Vilshufst aus besten revolutionären Kampftage bei eng verbunden ist, dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er vor das oberste Parteischlichtergericht gestellt, das jetzt auf Ausschluß erkannte. Der Parteivorstand ist diesem Beschluß beigetreten.

Moraczewski war schon im österreichischen Parlament polnischer sozialistischer Abgeordneter und hat nach 1918-19 als sozialistischer Ministerpräsident die erste Regierung der Polnischen Republik geleitet. Er hat auch in dem jetzigen Kabinett zweiwöchentlich am stärksten soziale und demokratische Ansichten vertreten, aber die Rechtsanerkennung des Vilshufst-Kurses nicht verhindern können. Die notwendige Scheidung im Kreise der polnischen Parteimitglieder und der Internationale sicherlich allgemein bedauert, aber als notwendig erkannte werden.

Probe zum Gastrieg.

Warschau, 3. Oktober. (Eig. Draht.) In Warschau fand am Sonntag ein Propagandatag zur Warnung der Bevölkerung vor dem Gastrieg statt. Ziel der Propaganda, die durch Flugblätter, Vorträge und Plakate betrieben wurde, war die Aufzorderung zum Weidwied jedes einzelnen gegen die Gefahren des Gastrieges. Auf dem Flugblatt von Warschau wurde von politischen Gruppen ein militärischer Gesamtangriff markiert, dessen Einbruch auf die Zivilbevölkerung nach bekanntem Verfahren ist, daß ein Bürgerkrieg mit wirklichen Tränengasen bombardiert wurden. Die polnischen Sozialisten benötigen einen gleichzeitigen stattfinden Arbeiterjugendtag, um nicht nur den Gastrieg, sondern den Krieg überhaupt propagandistisch zu bekämpfen.

Wege zum Einheitsstaat.

Am Ausschluß an die Kundgebung der führenden deutschen Oberbürgermeister auf der Magdeburger Städtetage für den Einheitsstaat hat jetzt der deutsche Städtetag mehrere Staatsrechtler beauftragt, positive Vorschläge zu machen, in welcher Weise die Verwaltung der öffentlichen Körperschaften im Sinne des Einheitsstaates umgestaltet werden kann.

Der Schöpfer der württembergischen Verfassung gestorben.

Am Sonntag starb in Bad Homburg der Staatsrechtler an der Universität Tübingen Prof. Wilhelm von Blum. Das Land Württemberg betrauert in ihm den Schöpfer seiner Verfassung. Als nach dem Zusammenbruch im November 1918 die provisorische Regierung des Landes Württemberg die Vorbereitungen für den Wiederaufbau zu treffen hatte, beauftragte sie einmütig den ihr als überzeugten Republikaner und Demokraten bekannten Staatsrechtler zum Verfassungsausschuß für das zu verfassende Verfassungsausschuß. Blume ist der ihm gestellten Aufgabe in ganz vortrefflicher Weise gerecht geworden und hat die in seinem Verfassungsentwurf aufgestellten Grundzüge mit großem Geschick reichlich zu begründen und verteidigen gemußt. Am Jahre 1920 wurde er als Kandidat der deutsch-demokratischen Partei in den Landtag gewählt und gehörte ihm bis zum Ablauf der Wahlperiode an. Seine geschwächte Gesundheit zwang ihn dann, auf eine weitere Ausübung des parlamentarischen Mandats zu verzichten.

Ueberrall gegen die Arbeiter.

Kopenhagen, 3. Oktober. (Eig. Draht.) Die Verhandlungen der dänischen Gewerkschaften mit der Regierung über eine Hilfe für die Arbeitslosen, die am 1. Oktober ohne Unterbrechung lief, haben mit einer glatten Ablehnung der Regierung beendet. In seiner Antwort vertritt das liberale Kabinett den Standpunkt, daß eine Hebung des Beschäftigungsgrades nur durch Wohnheraushebungen möglich ist.

Die Meuterer von Toulon.

Paris, 3. Oktober. (Eig. Draht.) Der sozialistische Abgeordnete von Toulon, Renaudet, hat an den Marineminister ein Telegramm geschickt und ihn ersucht, die Beförderung der vertriebenen Meuterer von dem Panzerkreuzer „Graf Zeppelin“ bis nach Algier zu lassen. Seine Untersuchung über die Verhältnisse und hygienischen Verhältnisse der Gefangenen und der Matrosen zu veröffentlichen. Renaudet erklärte sich bereit, an einer solchen Untersuchung teilzunehmen.

Der Reichstag hält am Dienstag eine außerordentliche Vollversammlung ab, um die Vorläge über die Bevölkerungsreform zu beraten.

Es hat
storten
in Halle
Jahre
Halle
öffentliche
Kultur
Folge
tollsten
unter
das Bar
Redakteur
als fast
Eigenschaft
gebracht
hängt
Interesse
früher
Graf
Republik
Ihre
bei dem
Früh war
Kauf
Beziehungen
wegen
den Unfug
einem
Unternehmen
Vollstreckung
führer
Redakteur
Das
sich
nach
der Kampf
Klaffungen
der Arbeit
Krieges
gefallen
wangen
Zwei
Nicht
den 8
Nachdem
land
über
berie
und
verpflicht
Stütze
Beziehungen
mehrfach
dann
die Zukun
Druckerei
Dreizehnt
die 6
Im dies
blätter,
in dem
in der
jahren
des Volk
des Kampf
vor, daß
Zerstück
eigen Part
Güte
Der
Streit
des Ver
dem Strei
4 0 0 g
pliziert,
die mir
An
den
darüber
deutschen
in den
würde.
Gründe
der 3
renz des
men lau
ten Berd
lung der
im 7
gestimmt
garten 5
Sparten
trägt der
1000 St
Eitel J
von 18
seit der
46 6 Pro
Nicht
werden;
a. Bestimmung
die Fern
dieser
Zehres
Die
Die
über
Wieder
gruppen
veränd
stufen
um 0,4
151,1

Neu eröffnet! Für jedermann!

KAFFEE-STUBE

Franziskanerstr. 17 Nähe Holzmarkt
Kraftantohaltestelle

| | |
|--------------------------|------|
| Große Tasse Kaffee | 0.25 |
| Große Tasse Fleischbrühe | 0.25 |
| Große Tasse Kakao | 0.30 |
| Große Portion Kaffee | 0.50 |

Täglich Gebäck und Kuchen
Montags und Donnerstags: Kartoffelpuffer Stück 0.20
Dienstag u. Freitags: Kartoffelsalat mit Leber u. Würstchen Portion 0.60
Mittwochs und Sonnabends: Fisch Portion 0.60
Den ganzen Tag geöffnet
Um regen Besuch bittet H. Wiedebusch.

Druckmaschinen

„Halberstädter Tageblatt“
für Handel und Gewerbe, Vereine
Reklamen u. jeden anderen Bedarf
liefert billigst die Buchdruckerei des

Wir haben den Preis für

Allerfeinste Dänische Meierei-Butter

auf 2.50 R.-M. herabgesetzt,
Gute frische Molkerei-Butter, das Pfd. 2.40 R.-M.

Wenn „gute Butter“ zu teuer ist, der verwende als Brot-Austrich, zum Braten oder Backen unbesorgt unseren ganz hervorragenden Butter-Ersatz

„Löwenstolz“

Löwenstolz wird von einer der größten Margarine-Fabriken in einer ganz besonderen Qualität nur für unser Unternehmen hergestellt und ist daher auch nur in unserem Geschäft erhältlich.
Extra-Qualität, das Pfund 1.20 R.-M.
II. Qualität, das Pfund 1.00 R.-M.

Auf Butter u. Löwenstolz-Margarine verabfolgen wir außerdem 50% in unseren eigenen Rabatt-Sparmarken.

Feiner empfehlen wir
hochfeinsten Sahne-Schichtkäse
1 Stück, zirka 450 Gr. Frischgewicht 65 Pfg.
1/2 Stück, zirka 225 Gr. Frischgewicht 33 Pfg.

Toepfer-Compagnie

Butterhandlung zu den drei Glocken
Breiteweg 24

2. Schönherr-Konzert

Mittwoch, den 12. Oktober, 20 Uhr
im großen Stadtparksaal

Kammersänger H. Jadowken
und
Kammersänger Carl Braun
von der Berliner Staatsoper

Lieder — Opern — Duette
Am Flügel: **Dr. Steinberger**

Eintrittskarten: Loge 3 Mk., 1. Sperrsitz (num.) 2 Mk., Gallerie (numerierte) 1.50 Mk., unnumerierte Plätze 1 Mk., Schülerkarten 60 Pfennig
Vorverkauf Buchhandlung Schönherr

S. P. D. Frauengruppe

Unter nächster

Unterhaltungs-Abend

findet am **Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr**, im „Gewerkschaftshaus“ statt. Im vollen Besuche wird gebeten.

Montag, den 10. Oktober 1927
abends 8 Uhr im „Elyseum“

Bunter Abend

des

„Volkschor“ = Halberstadt

(Leitung: Walter Dornes)
Mitglied des Deutscher Arbeiter-Sängerbundes
unter Mitwirkung des
1. Bandonion-Orchester-Verein
(Leitung: Otto Zeußmann)

Aus der Vortragsfolge: Lieder, Musikstücke, Humoristische Vorträge, eine Operette u. a. m.

Preis der Plätze: Sperrlich und Vorne nummeriert 1.00 Mk., alle übrigen Plätze (nicht nummeriert) 60 Pfg., bei familiären Mitgliedern, der Musikliebhaber S. P. D. sowie an der Abendkasse.

Sternwarte

Jeden Mittwoch:
Künstler-Konzert
Anfang 3 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Schüler-Martin-Salbe
geg. Hautkrankheiten u. offene
Wunden. **Halbesandolier.**

Gurkens- schalen

hat abzugeben
C. Mehler

Feiertagshalber

bleibt mein Geschäftshaus
Donnerstag, 6. Oktober
geschlossen
Willy Cohn

Lampenschirm-Gestelle
40 cm Durchmesser . . . 1.30
50 „ „ „ . . . 2.10
60 „ „ „ . . . 2.50

Japan-Seide, Seiden-Balist
sowie Seidenfransen, Schürze, Rüschen, Wickelband
und fertige Schirme billig.

Heinrich May, Hoheweg.

Damen und Herren empfehle ich meinen

Damen- und Herren-Frisier-Salon

moderner Art.
Erstklassige Bedienung! Solide Preise!

Karl Diedrich, Kühlingerstr. 16
gegenüber dem Neueweg.

Das Wasser

aus Ihrer Leitung

ist — wie jedes Leitungswasser —
hart.

Diese Härte ist beim Waschen sehr störend: sie hemmt die Wirkung des Waschmittels, verhindert eine kräftige Schaumbildung und erschwert das Waschen!

Weiches Wasser für die Wäsche ist unbedingt erforderlich!

Berühren Sie jedesmal, bevor Sie die Lauge bereiten, einige Handvoll Henko-Weich-Soda in dem mit kaltem Wasser gefüllten Waschkessel.

Dadurch wird alle übermäßige Härte des Wassers beseitigt. Sie erhalten das schönste weiche Wasser und haben die Sicherheit, das Waschmittel voll auszunutzen!



Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

seit über 50 Jahren bewährt.

Auch zum Einweichen der Wäsche, zum Bügeln und Scheuern gibt es nichts vorteilhafteres als Henko. — Nur in Originalpackung, niemals lose.

Achtung!

Willa! Willa!
Räumungshalber empf. Zylinder, Karaffen in weiß und gelb, Axis als Reuebel, Wandreizen und Stien, immerblühende u. wiedererh. rube Stauden, sowie Dahlien-Steinbeuten in den verschiedensten und Farben. Auch fräutler Düngemittel, Bierwürmer und Bienenkörbe in nur guten Sorten. Es ist dies eine äußerst günstige Gelegenheit, den Garten in ein Paradies umzuwandeln.

Wolff Richard jun.
Gärtnerei
Am Vergar 2, Tel. 2914.

Stahlrechtrohr
preiswert.
F. C. Gähler, Drogerie

Donnerstag, 6. Oktober

Neueröffnung

meines Geschäfts
Breiteweg 54

Albert Brehme Nachf.
Friedrich Milling
Schokoladen und Confitüren
Telefon 1565

Sahne-Bonbon
in allen Verpackungen
1/2, 3/4, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pfg.

Kronen-Karm.
1/2, 3/4, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pfg.

**Schweizer-
Lehrburshen**
von 17-18 Jahren.
Oberösterreichische Schwarz-
Bienenbrot.

Rüdenroder
1/2, 3/4, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pfg.

Sie sparen viel Geld

nenn Sie fast neue Anzüge, Paletots, Schuhe, Federbetten, Möbel, Sotras, Leinwand, Divan, besten Spiegel, Räummaschinen u. a. m. im **Gelbfärbhaus für Gelegenheitskäufe** Max Witz, Lindenweg 5, Verkauft einzeln oder in Lose.

Beachten Sie die Schaufenster!

Bad Harzburg

Zum Sukkoth-Feste empfehle meine Pension für angenehmen Herbstaufenthalt zu mäßigen Preisen bei erstkl. Verpflegung.

Leopold Tarlowsky
Tel. 205. Villa Charlotte

Partei-Literatur jeder Art zu haben in Halberstädter Tageblatt.

Dr.

Am 1. ficherung tag am 7. identen u. Arbeitslos das Arbeitsmittlung Träger führung Relösung Sie ist u. und Ebrü 9 an r 1 f die Banbe tischen Br

find die W auschliche Porstand tlich zumn Vertreter Körperlich kommenle geflanen

Bei de Pa a b d bet. Dölig und ein führung jedem Brä arbeitsam rums beim bildet.

Die Re mittlung u teilich und

hat die be lisch und niffe famia rufsbetrat rufsausfich

unterlieg verfürerun as bei em ten unterf des Anwei aur Söcht mit einbes schübene

Hi von de fell, Arber leitere H während gefanden unter f bestimmt f stigung R

Sie wird Reichsarb rufsbetrat

52. Nord Berade Wochen h Doff" zum Terrainb wohnunge Heute worden himmel, n Kostentien Ja — der Dum tief mor der Schre über n Das B Ströcke, a as Willig Zöflich, Berlangen zu sein. I wenn er nach Pote aber in B fo viele G stufen. Ja — Dachtraufe lingsrum halte fein Heute f himmel m über im B der Wind 6 Fimo a im Dunstf herzens, d



Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung.

Die Neuordnung ab 1. Oktober.

Am 1. Oktober 1927 trat das neue Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung in Kraft. Es ist vom Reichspräsidenten am 7. Juli d. J. verabschiedet und am 16. Juli vom Reichspräsidenten vollzogen worden. In das Gesetz, das ursprünglich nur die Arbeitslosenversicherung regeln sollte, wurde auch die bisher durch das Arbeitsnachweisgesetz vom 22. Juni 1922 geregelte Arbeitsvermittlung einbezogen.

Träger der öffentlichen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Sie ist zugleich die oberste Stelle für öffentliche Berufsberatung und Arbeitsvermittlung. Die Reichsanstalt gliedert sich in die Hauptstellen: Das zentrale Reichsamt für Arbeitsvermittlung, die Landesämter und die Arbeitsämter, die an die Stelle der öffentlichen Arbeitsnachweisse treten.

Die Organe der Reichsanstalt sind die Vermittlungsausschüsse der Arbeitsämter, die Vermittlungsausschüsse der Bundesarbeitsämter, der Vermittlungsämter und der Vorstand der Reichsanstalt. Die Vermittlungsausschüsse sind paritätisch zusammengesetzt, sie bestehen aus dem Vorsitzenden und den Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der öffentlichen Körperschaften (Gemeinde- und Gemeindeverbände). Diefelbe Zusammensetzung findet sich bei den unteren Vermittlungsorganen des gesamten Apparates wieder.

Bei den Arbeitsämtern und der Hauptstelle werden nach Bedarf Sachabteilungen mit einem besonderen Sachauftrag gebildet. Die Sachabteilung für die Sachabteilung für Land- und Forstwirtschaft und ein Ausschuss für Angelegenheiten der Sprachlosheit. Die Sachabteilung für die Sachabteilung für die Sprachlosheit wird ein Ausschuss bei jedem Arbeitsamt, ein Sprachlosheit bei jedem Bundesarbeitsamt und ein Sprachlosheit für die Arbeitslosenversicherung beim Reichsverwaltungsausschuss als oberste Sprachlosheitsbehörde gebildet.

Die Reichsanstalt hat zwei wichtige Aufgaben: die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung. Beide werden unparteiisch und unentgeltlich ausgeübt.

Die Arbeitsvermittlung hat die besonderen Verhältnisse der freien Arbeitsplätze, die körperliche und berufliche Eignung, die persönlichen und Familienverhältnisse sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit des Bewerbers, die Berufsberatung außerdem die Lage des Arbeitsmarktes und die Berufsmöglichkeiten zu berücksichtigen.

Der Arbeitslosenversicherung unterliegen grundsätzlich diejenigen Personen, die unter die Krankenversicherung fallen. Die Versicherung liegt vom 1. Oktober d. J. ab bei einem Gesamtverdienst von 3000 M. Die Versicherung unterliegen der Arbeitslosenversicherung, soweit sie auf Grund des Arbeitslosenversicherungsgesetzes pflichtverpflichtet sind, also bis zur Höchstgrenze von 6000 M. Auch die Selbstständige sind in das Gesetz mit einbezogen. Neben den Erweiterungen stehen aber auch verschiedene Einschränkungen des Kreises der Versicherungspflichtigen.

Der Anspruch auf Arbeitslosenversicherung ist von verschiedenen Voraussetzungen abhängig, von Arbeitsfähigkeit, Arbeitslosigkeit, Erfüllung der Wohnortpflicht usw. Das letztere ist der Fall, wenn der Arbeitslose in den letzten 12 Monaten während 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung geblieben hat. Die Unterbringung erfolgt bei der Hauptunterbringung und die Familienaufschläge. Ihre Höhe bestimmt sich nach dem Arbeitsamt. Neben der Arbeitslosenversicherung steht die Arbeitslosenversicherung.

Sie wird in Zeiten besonderer ungünstiger Arbeitsmarktlage vom Reichsarbeitsamt zugelassen. Bei ihr wird neben der Arbeitslosigkeit ausnahmsweise auch die Bedürftigkeit geprüft. Die

Pflichtarbeit der Arbeitslosen hat Einschränkungen erfahren. Die Versicherung gilt nur für Arbeitslose unter 21 Jahren und erstreckt sich lediglich auf gemeinnützige Arbeiten. Wo Wohnortungen statgefunden haben, kann nach wie vor Kurzarbeiterunterstützung gewährt werden.

Schließlich steht das Gesetz noch Maßnahmen zur Verbildung und Beschulung der Arbeitslosen vor, nämlich Berufsausbildung, Aufstellung zur Arbeitsausübung und anderes mehr. Die bisherige produktive Erwerbslosenfürsorge ist als werkschaffende Arbeitslosenfürsorge in das Gesetz aufgenommen.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, 4. Oktober.

Die Arbeiterwohlfahrts-Weihnachts-Lotterie 1927

wird in der Zeit von Anfang Oktober bis Ende Dezember 1927 durchgeführt werden. Sie soll der Arbeiterwohlfahrt die Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben, insbesondere zur Schaffung gemeinsinniger Anstalten bringen. Die im vorigen Jahr mit beispiellosem Erfolg durchgeführte erste Lotterie hat gezeigt, welche Anerkennung und Unterstützung die Arbeiterwohlfahrt in Deutschland findet.

Der Gewinnplan sieht folgende Gewinne vor:

| | |
|---------------------------------------|-------------|
| 1 Hauptgewinn im Werte von | 30 000 RM. |
| 1 Prämie im Werte von | 20 000 RM. |
| 1 Hauptgewinn im Werte von | 15 000 RM. |
| 1 Hauptgewinn im Werte von | 10 000 RM. |
| 1 Hauptgewinn im Werte von | 5 000 RM. |
| 5 Gewinne im Werte von je 3 000 RM. | 15 000 RM. |
| 5 Gewinne im Werte von je 2 000 RM. | 10 000 RM. |
| 10 Gewinne im Werte von je 1 000 RM. | 10 000 RM. |
| 10 Gewinne im Werte von je 500 RM. | 5 000 RM. |
| 50 Gewinne im Werte von je 300 RM. | 15 000 RM. |
| 100 Gewinne im Werte von je 200 RM. | 20 000 RM. |
| 200 Gewinne im Werte von je 100 RM. | 20 000 RM. |
| 400 Gewinne im Werte von je 50 RM. | 20 000 RM. |
| 700 Gewinne im Werte von je 25 RM. | 17 500 RM. |
| 1 000 Gewinne im Werte von je 20 RM. | 20 000 RM. |
| 1 500 Gewinne im Werte von je 10 RM. | 15 000 RM. |
| 2 000 Gewinne im Werte von je 5 RM. | 10 000 RM. |
| 70 000 Gewinne im Werte von je 3 RM. | 210 000 RM. |
| 100 000 Gewinne im Werte von je 2 RM. | 140 000 RM. |

145 984 Gewinne u. eine Prämie im Gesamtwerte von 607 500 RM. Die Gewinne sind: Wandbühnen, Wohnendbühnen, Klaviere, Sprachapparate, komplette Küchen, Fahrräder, Nähmaschinen, sowie Goldschmuck aus Waren und für die Gewinne von 3 und 2 Mark ausschließlich Solinger Schloßwaren vorgesehen.

Gewinnern, welche einen Gewinn im Werte über 2 RM. erhalten, wird der Gewinn auf Wunsch in Raten abbezahlt. Durch eine größere Anzahl Gewinnbesitzerleistungen in allen Teilen des Deutschen Reichs wird den Gewinnern die Einlösung der Gewinne erleichtert.

Zum Preis von 50 Pfg. sind die Lose durch alle Bezirke, und Ortsauschüsse für Arbeiterwohlfahrt, durch die durch Plakate femlich gemachten Warenhäuser und Geschäfte sowie den Posthandel zu haben.

Himmelersehnungen im Oktober

berichtet von Kurd Höpfer in der empfehlenswerten Bildungszeitschrift „Urania“. Wer Interesse für die wirklich wertvolle Zeitschrift hat, kann Probehefte erhalten von der Urania-Verlagsgesellschaft m. B. G., Jena.

Wenn auf halber Höhe noch nicht die Sonne jeht in ihren Tagesbogen und demnachst beginnt die Nacht, ist es noch ab. Während sie zu Monatsbeginn noch 1 1/2 Stunden

geht sie bis Monatsende auf knapp 10 Stunden zurück; wir haben also eine Tagesabnahme von 1 1/2 Stunden zu verzeichnen. Am 23. Oktober zieht die Sonne aus dem Herbstbogen der Waage in das Zeichen des Skorpions hinüber, unter der Fiktur aber durchwandert sie das Sternbild der Jungfrau und befindet sich um die Monatsmitte in der Höhe der Spica.

Von den Planeten steht Merkur am Abendhimmel und erreicht am 18. seinen größten östlichen Seitenabstand von der Sonne mit etwa 24 1/2°. Tragen wird er auch um diese Zeit östlicher aufzufinden sein, weil sein Herbstbogen erreicht am 17. ihren größten Bogen, im nächstfolgenden Fernrohr erscheint sie als abnehmende Kugel. Wir werden sie nun lange Zeit als Morgenstern begrüßen dürfen. — Zu Monatsanfang finden wir gleich rechts davon den Reptun. Dort, dicht bei Regulus, bleibt noch lange sein Platz am Himmel.

Mars bleibt in diesem Monat unsichtbar, da er am 21. Oktober in Konjunktion (Zusammenkunft) mit der Sonne gerät. Wie wir uns wohl noch erinnern werden, stand er gerade ein Jahr vorher in Opposition am mittlernördlichen Himmel. Wir finden also bestmöglich, daß er einen hohen Umlauf in der Zeit eines ganzen Erdumlaufs vollführt. Erst nach einem weiteren Jahr wird er wieder in Oppositionsstellung gelangen. — Saturn ist nur noch in der Abenddämmerung oberhalb der Fächerstirne des Skorpions aufzufinden, wo wir im Fernrohr einen letzten Blick auf sein wunderbares Ringgestirn werfen können.

Mit einjeder Abenddämmerung finden wir auch Jupiter dicht über dem Horizont, jedoch im Osten, wo er als helles Gestirn heraustritt. Der Planet bewegt sich rufständig in den Fischen und für die Lage des Äquators dienen kann, der auch unterhalb der drei Wägensternen verläuft. — Eigene Beobachtungen lauten auf, wenn wir im Fernrohr das Ringgestirn der vier großen Jupitermonde um den Planetenplaneten verfolgen. Dieses Abbild des kopernikanischen Systems im Kleinen bietet eine Fülle von Anregungen und Beobachtungsmöglichkeiten, sobald wir ein selbst nur kleines Fernrohr zur Verfügung haben. Am 9. Oktober geht der Mond am Jupiter vorbei. — Dicht bei Jupiter, in der täglichen Bewegung ihm ein klein wenig folgend, befindet sich noch Uranus, der grüne Planet, der also die gleichen günstigen Beobachtungsbedingungen besitzt. Wir können ihn bereits im Feldglas auffinden, doch erleben wir einen besonderen Eindruck erst, wenn es uns vergönnt ist, diesen zweifachen Planeten unseres Systems einmal in einem größeren Fernrohr bei mehr als 100facher Vergrößerung zu betrachten. Das kleine, unklar begrenzte Scheibchen dicht mit feiner sonst am Himmel nicht zu findenden intensiven Grünfärbung einen auffälligen Anblick.

Unter Mond zeigt sich am 4. Oktober im Ersten Viertel, am 10. nachts erreicht er seine volle Rundung als Vollmond und hat am 17. bis zum letzten Viertel abgenommen. Am 25. Oktober geht es als Neumond zwischen uns und der Sonne hindurch.

Am 17. und 18. im ersten finden wir am 22. Uhr im Anfang des Monats Monatsabstand als helle Marke für den Südpol nicht über dem Horizont. Es ist der Hauptstern des Sternbildes Fische, von dem wir kaum noch einen weissen Stern erkennen können. Auf halber Höhe, etwas links darüber, liegt das Vierer des Großen Fisches, die Sterngruppe des herbstlichen Nachthimmels. Die linke Seitenlinie des Fisches führt uns abwärts auf Jupiter und Uranus in den Fischen. Die linke obere Ecke gehört bereits zur Andromeda, die sich jetzt fast wagemutig lang hinstrahlt. Oberhalb des Mittelkreises führen zwei kleinere Sternchen auf den berühmten Andromedastern, der bereits im Feldglas als fünfster, vermisgender Nebelstrahl erscheint. Das Nebelsternchen Andromedaer ist fast etwas von seinem spiralen Aufbau erkennen, der auf photographischen Aufnahmen besonders deutlich in Erscheinung tritt. Oberhalb der Andromeda leuchtet das W der Cassiopeja, das Sternbild unseres Sterngruppenkreuzes. Der Perseusstern führt uns abwärts auf die Plejaden im Stier, die Vorboten des Winters. Walfisch, Walfischmann und Steinbock füllen den Horizont — streifen von Ost bis West. Im Westviertel selbst aber ragen sich die Sommerhimmel zum Untergang. Die Milchstraße spannt sich in hühen Bogen von Ost nach West, sie ist in Wahrheit das Rückgrat unserer Weltlinie, in deren Mitte wir mit unserem Sonnensystem kredenzen.

Der Maurerstudent.

Roman von Erdmann Graetz.

32. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Gerade an diesem Tage waren Verhandlungen, die sich durch Wochen hingezogen, mit der Firma „Fittich Hofschlager, Willy Fittich“ zum Abschluss gelangt. Es galt die Bebauung eines großen Terrains in Steglitz, wo nun auch „Kulturhäuser“ und „Kulturwohnungen“ entstehen sollten. Heute endlich war der Vertrag von den Parteien unterzeichnet worden. Er sollte zum Fittich hinaus, sah einen hohen Herbsthimmel, mit eilig treibenden Wolken, sah, daß die Krone des alten Ackerkornes unter im Garten gelb und weif geworden war. — Ja — die Zeit nun doch! „Am morg.“, als müßte jetzt erst der Dunt kommen, und nun war es schon Ende September! So tief war er in der Arbeit versunken gewesen, hatte nichts von der Jahreszeit bis jetzt bemerkt.

Wer nun? Das Bild lag in der ersten Etage eines Hauses der Potsdamer Straße. Gleich daneben war eine alte, behagliche Weinlaube. Dort als Willy dann zu Mittag wie immer nach einem glücklichen Abschluß. Ging dann nach dem hohen Bahnhof, denn ein lässes Verlangen hatte ihn gepackt, brauchte er ein höher, besser zu sein. Wenigstens den Witz dieses Sommers wollte er haben, wenn er sonst nichts von ihm gehabt. Er nahm eine Fahrkarte nach Potsdam, dachte an den Park von Sanssouci. Als der Zug aber in Bebersberg hielt, sprang er plötzlich aus dem Weitzel. Wie viele Erinnerungspunkte, wollte er nun auch diese einmal aufsuchen.

Ja — damals hatte auf diesen feinen Bahnhofgebäude die Dachtraufe geflogen, war durch die Baumrunden der Vorfrühlingsträume gebraucht, war alles dunkel und geheimnisvoll gewesen, hatte sein Leben wie und unruhig vor ihm gelegen. Heute schritt er durch dieses reiches Haus, ein höher, besser Himmel wählte ihm über ihm, die Luft war frisch klar, ein weicher Wind trieb lange, weiche Fäden dahin, die in den Zweigen und an feinen Zweig hingen.

Er war auf der Hälfte des Weges, den er damals mit Brigitte im Dunstfeld gegangen, blieb er plötzlich stehen. Ein Ergriffen des Herzens, denn — war sie nicht, die ihm da entgegenkam?

Sie war es, und auch sie mußte ihn sofort erkannt haben. Wie im Traum ging er ihr entgegen, kam sie auf ihn zu. Und dann standen sie sich gegenüber, blick vor innerer Erregung, mit starren Gesichtern.

„Ein Zufall — Brigitte!“
„Bestimmungs“, sagte sie.
„Bist du geburden?“
„Ich bin hier!“
„Ich auch! Was weißt du von meinem Leben seit damals?“
„Alles! Und du von meinem?“
„Dach du eine große Künstlerin geworden bist!“
„Wer sagt das?“
„Ich — denn ich habe dich gesehen, habe dir auch geschrieben!“
„Ich habe keinen Brief von dir erhalten!“
„Nur ein Dant mit ein paar Blumen!“
Sie lächelte — endlich wich die Starrheit ihrer Züge. „Dann freilich — die Blumen werden mir übergeben — und ich erhalte viele Blumen! Aber die Begleitbriefe bekomme ich nicht, die werden ungesucht verbrannt!“
„Was stand in deinem letzten Briefe, den du mir damals schicktest?“
„Du hast ihn nicht gelesen? Nun — nichts weiter, als daß dieser Tag heute einmal kommen würde!“

„Soll das heißen, daß du all die Jahre auf mich gewartet?“
„Nein, Willy — das soll es nicht heißen, aber, daß ich nur mit dir glücklich werden könnte, weil ich dich allein liebe — das soll es heißen! Ein Gefühl lagte mir, daß wir uns wiederfinden würden. — Es — es ist seltsam, an loch einem Tage, wie heute, und hier — auf diesem Wege — würde es geschehen. Komme schon, wenn ich vom Ostel kam, bin ich diesen Weg gegangen in der Gewissung, daß du mir entgegenkamst. Heute endlich hat sich erfüllt!“
Er hatte ihren Arm genommen — langsam schritten sie den Weg zurück — wie in ihrem Empfindungsleben!
„Und wie denkst du dir nun —?“
Da blieb sie stehen — sie blinzelte in die Augen, prüfend, forschend. Ihr Gesichtsausdruck erfüllte ihn mit Entzücken, aber — er sah es wohl — die Schminke hatte darin gefallen, und von dem sterblichen Mundwinkel ging eine winzige, scharfe Falte.

„Ach — auch sie ist in diesen Jahren und schatz gewordenen Zügen das Leben der Zeit, die er selbst durchgemacht.“

„Bleibt du mich?“ fragte sie nun.

„Ich glaube, ich habe nie aufgehört, dich zu lieben — nur kam eine Zeit, da wollte ich dich nicht mehr lieben!“

„Warum mußten wir erst durch solche Witzen gehen?“

„Ich weiß es nicht — mein Vater sagt immer, wir sind Krähnen im Alltag, fällt ein Sonnenstrahl auf unser Gefieder, so erleben wir die Romantik unserer Dafeins. Und nun erleben wir sie. Aber ich...“

„Sprich nicht weiter, sag dich nicht an, Willy, sonst muß auch ich...“

„Ja — es hatte wohl keinen Zweck, irgend etwas klar, oder festzustellen!“

Schweigend, Arm in Arm, gingen sie auf dem Perron auf und ab, bis der Zug dann heranbrause.

Und kaum war das Weitzel an dem Mann mit der roten Mütze vorbeigeglitten, da hüßten sie sich.

„Und heute kamst du ruhig den Tee mit mir trinken, ohne aus dem Zimmer springen zu müssen. Denn erstens wäre es lebensgefährlich, weil ich in einem der drei erbaute „Kulturhäuser“ drei Treppen hoch wohne, und zweitens fürchte ich mich nicht mehr vor Fräulein von Beethoven!“

— Ende —

Meister Sondernann

Ist der Titel unseres nächsten Romans, mit dessen Abdruck wir in der morgigen Nummer unseres Blattes beginnen. Der Autor dieses Romans, Arthur Japp, ist ein kühner deutscher Erzählungskünstler. Zahlreiche Romane befinden sich von ihm in allen Bibliotheken. Meister Sondernann ist sein letztes Werk. Es ist ein Gesellschaftsroman von tiefer Prägung; Schloßherrmeister Sondernann hat seinen Sohn Jura studieren lassen. Ein großer Prozeß macht ihn zum berühmten Verteidiger. Aus den engen Verhältnissen seines Elternhauses kommt der über Nacht berühmte geworden. Man kann dann in „gute“ Gesellschaft. Der Sohn erachtet dem Vater und ist noch daran, im Strahl des Gesellschaftslebens zu verfallen. Wie sich der Sohn dann nach schmerzlichen Erfahrungen und Strungen zu der schärfsten Geduld und unantastbaren Ehrlichkeit seines Vaters zurückfindet, das wird in dem Wert in spannender Weise erzählt. Auch dieser Roman wird zweifellos das größte Interesse aller Leser finden.

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Nr. 233.

Mittwoch, 5. Oktober 1927.

2. Jahrgang.

Unser neuer Oberpräsident.

Die gestrige Einführung durch den preussischen Innenminister.

Der preussische Innenminister Erzgrüntz nahm am gestrigen Montag in Magdeburg Gelegenheit den Nachfolger des Oberpräsidenten Höpfling, Professor Dr. Waentig, in sein neues Amt einzuführen. In der Einführungsrede stellte der Innenminister zunächst seinen

Dank an Höpfling

ab. Nach den einleitenden Willkommensworten führte der Minister aus: Ich möchte die Gelegenheit gerne benutzen, um auch in Gegenwart der Beamtenschaft des Oberpräsidiums, Ihrer neuen Mitarbeiter, noch einmal Ihrem Herrn Amtsvorgänger Höpfling für seine Tätigkeit an dieser Stelle, die Sie jetzt einnehmen, namens der Staatsregierung zu danken. Das Preussische Staatsministerium hat Ihnen Mann, der in schwerer Arbeit des Staates auf die sein Wissen seine volle Kraft zum Wohle des Ganzen eingesetzt hat, nur ungern von hier scheiden sehen. Sein Wirken an hoher verantwortlicher Stelle wird in diesem Hause unvergessen bleiben.

Nachdem der Minister dann auch dem Vizepräsidenten Dr. Hausmann, für die ausgezeichnete Geschäftsführung und die wiederholten Beratungen, die er in Abschiedsbeiträgen des vorigen Oberpräsidenten und jetzt im Interregnum übernommen hat, seinen Dank ausgesprochen hatte, wandte er sich an den neuen Oberpräsidenten:

Sie, Herr Oberpräsident Dr. Waentig, treten nunmehr in noch engeren Beziehungen zur Staatsverwaltung, als Sie bisher zwischen Ihnen und der Verwaltung bestanden. Als Vizepräsident und Hochschullehrer, der seit Jahrzehnten an einer Universität der Provinz Sachsen wirkte, sind Ihnen die Bevölkerung, die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse dieser Provinz nicht fremd. Als Abgeordneter im Preussischen Landtag haben Sie oft Gelegenheit gehabt, Vorstellungen und Wünsche der Provinz parlamentarisch zu vertreten und zu begründen. Sie kennen also die Provinz, die Sie nunmehr als Oberpräsident zu betreten und zu verwalten haben. Als Oberpräsident sind Sie in der Ihnen von der Staatsregierung anvertrauten Provinz Vertreter der Preussischen Staatsregierung. Sie sind ihr politischer Beamter u. Vertrauensmann in der Provinz; Sie sind der Staatsregierung dafür verantwortlich, daß sowohl die eigene Verwaltung wie die Verwaltungen, deren Oberaufsicht Ihnen obliegt, in dem von der Staatsregierung für erforderlich gehaltenen politischen Sinne geführt werden. Als Repräsentant des Staates haben Sie aber auch unbeschadet Ihrer eigenen politischen Betätigung ausgedehnte zu wirken. Bei aller Wahrung der Staatsautorität müssen Sie dafür sorgen, daß die Behörden und ihre Mitarbeiter sich stets bewußt halten, Diener und nicht Herren zu sein. Sie sind hier vornehmlich Mitarbeiter der besten Willen zur Mitarbeit in diesem Sinne haben, und Sie bei der Bewältigung Ihrer großen wichtigen und schönen Aufgaben unterstützen werden. Ich wünsche Ihnen, Herr Oberpräsident, daß zwischen Ihnen und Ihren Mitarbeitern ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis bestehen möge. Ohne eine gewisse Kameradschaftlichkeit im Handeln und im Verhältnis von Vorgesetzten zu seinen Mitarbeitern — geführt auf gegenseitige Achtung und Vertrauen — kann ich eine erfolgreiche dienstliche Tätigkeit nicht recht vorstellen. Vertrauen erzeugt Arbeitsfreudigkeit und Verantwortungsbewußtsein. Und die Selbstständigkeit der Beamten im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu fördern, scheint mir eine durchaus dankenswertere Aufgabe zu sein, als die Vereinfachung der Verwaltung auf Kosten der Freiheit der Beamten. Ich hoffe, daß Sie diese Aufgabe mit der gleichen Umsicht und der gleichen Energie zu lösen werden, die Sie bei der Bewältigung Ihrer Geschäfte in der Provinz an der Spitze und in der Verwaltung bewiesen haben.

Der Oberpräsident Herr Waentig dankte dem Minister für die ihm anvertraute Provinz und für die ihm anvertraute Provinz. Er dankte dem Minister für die ihm anvertraute Provinz und für die ihm anvertraute Provinz. Er dankte dem Minister für die ihm anvertraute Provinz und für die ihm anvertraute Provinz.

Der Oberpräsident Herr Waentig dankte dem Minister für die ihm anvertraute Provinz und für die ihm anvertraute Provinz. Er dankte dem Minister für die ihm anvertraute Provinz und für die ihm anvertraute Provinz.

Der Oberpräsident Herr Waentig dankte dem Minister für die ihm anvertraute Provinz und für die ihm anvertraute Provinz. Er dankte dem Minister für die ihm anvertraute Provinz und für die ihm anvertraute Provinz.

die vorhanden sind und eine natürliche gute Entwicklung zu bedrohen scheinen, mit aus dem Wege räumen helfen. Initiative und Verantwortungsbewußtsein gehören zu den vornehmlichsten. Hand in Hand damit muß gehen Aufgeschlossenheit und Verständnis für die Sorgen, Mühen und Bedürfnisse aller Schichten der Bevölkerung. Sie, Herr Oberpräsident Dr. Waentig, werden Ihren Beamten darin mit gutem Beispiel vorangehen und das Vertrauen der Staatsregierung im vollen Umfang rechtfertigen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeitern edelste Zusammenarbeit zum Wohle der Provinz Sachsen, zum Wohle der Republik Preußen, zum Wohle unseres ganzen deutschen Volkes."

Nach der Einführungsrede des Ministers nahm Vizepräsident Hausmann

namens der Beamtenschaft des Oberpräsidiums das Wort zur Begrüßung des neuen Oberpräsidenten. Er schilderte, wie der nun aus dem Amt geschiedene Oberpräsident Höpfling vor 7 Jahren sein Amt angetreten habe, wie die Verhältnisse damals so völlig anders lagen und wie es zunächst die Aufgabe des Oberpräsidenten gewesen sei, das Vertrauen eines großen Teils der Beamtenschaft und der Bevölkerung zu übernehmen. In kurzer Zeit sei es dem Oberpräsidenten Höpfling jedoch gelungen, die Gefühle in Empfindungen der Liebe und Anhänglichkeit zu verwandeln, selbst allen Beamten der Abschied von Herrn Höpfling unendlich schwer geworden sei. Vizepräsident Hausmann verheißerte, daß die Beamtenschaft dem neuen Oberpräsidenten, Dr. Waentig, volles Vertrauen entgegenbringen, wie sie auch von ihm das gleiche erwarte; dies sei die beste Gewähr für ein gutes Zusammenarbeiten.

Oberpräsident Waentig dankte dem Redner in herzlichsten Worten; er sei sich der Schwere der ihm ersandenen Aufgaben voll bewußt. Er stelle sein Programm auf, sondern er gelobe, in seinem Amt vor allem die Richtlinien der Politik des Preussischen Innenministers zu befolgen. Er bitte gleichfalls die Beamten um volles Vertrauen, das nur allmählich und durch gemeinsame Arbeit zu erringen sein werde, er hoffe aber, daß die Verbundenheit durch den gemeinsamen Pflichterweis die beste Gewähr für eine harmonische Arbeit sei.

Zur Herbsttagung des Reichstages.

Regierungs-Beratungen. Amlich wird gemeldet: Unter dem Vorsitz des Reichstanzlers fand am Montag nachmittag in der Reichstagskanzlei eine eingehende Aussprache der Mitglieder der Reichsregierung mit den in Berlin anwesenden Staats- und Ministerpräsidenten der Länder über eine Anzahl der bedeutendsten schwebenden politischen Probleme statt. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, die oben genannten Beratungen des Reichsrats über das Schulgesetz, die Schulungsreform und das Equitationsabengleich

alleinig so zu fördern, daß die entsprechenden Verhandlungen des Reichstages, wie beabsichtigt, am 17. des Monats beginnen können. Die weitere Beratung mit den Vertretern der Länder führte zu einer grundsätzlichen Erklärung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Anlässlich der großen und geradezu ausschlaggebenden Bedeutung dieses Problems wurde eine Sonderprüfung von Vertretern der Reichs- und der Länderregierungen in Aussicht genommen. Die Beratung auf dieser Sonderprüfung soll durch Referate und Korrespondenzen eingeleitet werden. An der Einzelberatung standen schließlich die Befehlsgabereform und das Steuerangelegenheit im Vordergrund der Beratungen. Die eingehende Aussprache diente der gegenseitigen Orientierung über die verschiedenen Auffassungen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages ist zu Freitag mittag um 1 Uhr zusammenberufen worden. Beratungsgegenstand ist das Reichsschulgesetz der Reichsregierung.

Wer wird amnestiert?

Wo bleiben die Namen? Der deutschnationale Reichstagsminister hält die Bitte der aufseiner Vorlesung vom Reichspräsidenten begnadigten Personen wie ein großes Geheimnis. Man weiß vorerst nur, daß der Ausschuss Buchrucker und Huxter, also drei zu äußersten Recht zählende Personen, inzwischen aus der Haft entlassen worden sind, während Hög noch im Justizhaus sitzt. Nicht einmal über das Verhältnis der Begnadigten hinsichtlich der Parteizugehörigkeit der betroffenen Personen war bisher etwas zu erfahren. Und warum? Weil sich die Begnadigten zu mehr als 75 Proz. auf Sozialdemokraten und völkische Reichsbürger gegen die Republik beziehen lassen. Ist das richtig, Herr Reichstagsminister, oder warum wird die Bitte der Öffentlichkeit nicht übergeben?

Der Kommunistenprozeß.

Leipzig, 4. Oktober. (E.) Am heutigen Dienstag beginnt vor dem Reichsgericht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Niedner der Hochverratsprozeß gegen 9 Mitglieder der kommunistischen Zentrale. Es handelt sich um die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Raab, Schick, Kemme, Schräde, Hölzer und Pfeifer, dem preussischen Landtagsabgeordneten Oberlein und die Redakteure Lindau und Schumann. Der Anklage liegen bekanntlich Vorgänge aus dem Jahre 1923 zu Grunde.

Die Angeklagten werden aber nicht ersehnen. Berlin, 4. Oktober. (E.) Das Zentralkomitee der SPD hat beschlossen, daß die Angeklagten in Leipzigiger Hochverratsprozeß gegen die kommunistische Zentrale nicht erscheinen.

Deutschnationale Ablenkungsmanöver

Von Wilhelm Reil.

Ein sozialer deutschnationaler Journalist benutzte einmal eine Einschaltung des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Oberhofen zu der Bemerkung, von den Behörden sei keine diesem Finanzminister vergleichbar; man könne allenfalls Eugen Richter ihm als ebenbürtig erachten. Herr Oberhofen scheint diese Bemerkung ernst genommen zu haben. Anders läßt es sich nicht erklären, daß er das Bagnis unternimmt, zur Ablenkung von dem Aufwertungsstreit, den seine Partei begehrt hat, in seiner Parteipresse über „Sozialdemokratie und Aufwertung“ zu schreiben.

Nur mit Hilfe von diesen Unwahrheiten und Entstellungen kann Dr. Oberhofen den Versuch machen, die Zahl der Sozialdemokraten in der Aufwertungsfrage anzugreifen. Als Beweis für die richtige Haltung der Sozialdemokratie in Aufwertungsfragen führt er die bekannte Rede Dr. Hilferdings im Reichstagsparlament vom Mai 1923 an. Richtig ist, daß Dr. Hilferdings damals — es war mitten in der Inflationszeit — eine Aufwertung für unmöglich erklärte. Aber es handelte sich damals nicht um die Stellungnahme zu einer Aufwertungsfrage, sondern um das Sperregebot, das der Rückzahlung von alten Forderungen durch Papiermark einen Riegel vorziehen wollte. Und es waren namentlich die deutschnationalen Mitglieder des Reichswirtschaftsrates, die unter der Führung des deutschnationalen Abgeordneten Freiherrn von Richthofen den Aufwertungsantrag Hilferdings' nicht zustimmten.

Was wird nun aber bewirken mit Aufwertungen dieses oder jenes Politikers aus der Inflationszeit? Sichens das, daß man damals die wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten nicht klar zu übersehen vermochten. Entschieden ist das praktische Verhalten nach der Stabilisierung. Von diesem Zeitpunkt ab hat kein Sozialdemokrat der Aufwertung grundsätzlich widerprochen. Von den Deutschnationalen unterschied sich die Sozialdemokratie dadurch, daß sie bei den Wahlen im Mai und im De-

zember keine Verprechungen machte, dagegen im Reichstag für die Rechte der Sparer in den Grenzen des Möglichen kämpfte, während die Deutschnationalen hundertprozentige Aufwertung vertraten, um hernach im Reichstag den Führer der Sparer, Dr. Behr, aus der Fraktion hinauszuwerfen und die Rechte der armen Sparer zum Vorteil der reichen Inflationsgewinner mit Füßen zu treten.

Da Dr. Oberhofen wohl selbst erkannt hat, daß der Hinweis auf Dr. Hilferdings' Aeußerung vom Mai 1923, verglichen mit der Haltung der Sozialdemokratie während des ganzen Aufwertungskampfes, nicht gegen, sondern für die Sozialdemokratie spricht, verleiht er sich weiter zu der Behauptung, die Sozialdemokratie habe mit agitatorischen Mitteln die Arbeiterklasse an der Unzufriedenheit gewisser Gläubigerkreise zu ihrem Vorteil. Wie verhält es sich damit?

Die Sozialdemokratie hat zweierlei getan. Erstens hat sie den von den Deutschnationalen in ihrer Oppositionszeit gestellten Agitationsentwürfen zur Annahme zu helfen versucht. Das ist ihr mißlungen, weil die Deutschnationalen, nachdem sie in die Regierung gelangt waren, gegen ihre eigenen Entwürfe stimmten und damit sowohl den demagogischen Charakter dieser Entwürfe wie ihre eigene Unethik öffentlich eingestanden. Darauf hat die Sozialdemokratie zweitens mit eigenen Mitteln, die gewöhnlich vorbereitet waren, zur Aufwertung Stellung genommen. Auch diese Entwürfe scheiterten, obgleich sie viel maßvoller gehalten waren als die deutschnationalen Agitationsentwürfe, am Widerstand der Deutschnationalen. Von ihren eigenen Koalitionsgegnern ist den Deutschnationalen wiederholt öffentlich bezeugt worden, daß sie das Hindernis eines weiteren Entgegenkommens an die Forderungen der Sparer seien.

Nachdem sich in zweijähriger Durchführung der Aufwertungsgelebe ergeben hatte, daß die Not der Sparer noch viel größer ist

